

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside. To the left of the main content area, there is a vertical stack of four colored rectangles: pink, blue, lime green, and cyan.

SPD

STARKE IDEEN FÜR DEUTSCHLAND 2025.

*IMPULSE FÜR DIE SOZIALDEMOKRATISCHE
POLITIK IM KOMMENDEN JAHRZEHNT.*

EINE VORBEMERKUNG.

Der folgende Beschluss des SPD-Präsidiums soll eine Diskussionsgrundlage für eine breite Diskussion über die Zukunft unseres Landes sein. **Wovon und wie wollen wir in 10 Jahren leben? Wie sichern und schaffen wir auch in Zukunft Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt?** Dieses Impulspapier soll der Auftakt sein für die Diskussion in der SPD, zu der auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Organisationen der Zivilgesellschaft eingeladen sind.

Das erfolgreiche Mitgliedervotum über den Eintritt in die Große Koalition war der Beginn eines neuen Selbstverständnisses der SPD. Wie keine andere Partei in Deutschland ist es der SPD gelungen, die eindeutige Unterstützung der Mitglieder für die Regierungsarbeit zu gewinnen. Dieses breit diskutierte Votum hat uns gelehrt, dass es ein großes Interesse an inhaltlicher Auseinandersetzung über die Ziele, die Strategie und die Programmatik sozialdemokratischer Politik gibt. Dieser offene Prozess der Erneuerung hat uns gezeigt, dass es sich lohnt, wenn sich unsere Mitglieder selbstbewusst an der künftigen Programmatik unserer Partei beteiligen. Es gibt keine bessere Ressource für eine neue, tragfähige sozialdemokratische Vision als die Ideen und das Engagement unserer Mitglieder.

Deshalb wollen wir die **Diskussion über die Perspektiven sozialdemokratischer Politik auch breit in unserer Mitgliedschaft führen**: in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und auch direkt mit jedem einzelnen Mitglied über Dialogplattformen im Internet. **Das vorliegende Impulspapier soll dafür die Grundlage bilden.**

Eine erste Auswertung wollen wir **für den Perspektivenkongress der SPD im Herbst 2015** vorbereiten und danach die Diskussion über das jetzt vorgelegte Impulspapier auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 fortsetzen. Auf der bis dahin gemeinsam erarbeiteten programmatischen Grundlage und Ausrichtung erfolgt dann die konkrete Programmdebatte des Jahres 2016 für die Bundestagswahl im Jahr 2017. Auch sie soll mit der interessierten Öffentlichkeit vertieft werden. **Das vorliegende Impulspapier ist also erst der Beginn der Diskussion um unser Zukunftsprogramm für Deutschland 2025.**

ZEHN GUTE GRÜNDE FÜR DIE DISKUSSION MIT UND IN DER SPD.

- (1) Die SPD ist eine emanzipierte Volkspartei. Sie zeigt Alternativen – und wagt Kontroversen. Konsens gewinnt sie aus dem Widerstreit der Meinungen, Geschlossenheit nicht aus Formelkompromissen, sondern aus dem offenen Wettbewerb von Überzeugungen.
- (2) Die SPD vereint engagierte Bürgerinnen und Bürger zu einer politischen Bewegung. „Bürgernähe“ ist für die Sozialdemokratie keine herablassende Geste, „Bürgerbeteiligung“ keine Show. Wir hören zu. Wir suchen ehrliche Antworten. Wir entscheiden gemeinsam: um zu ändern, was falsch ist, und zu bewahren, was in unserem Land Wertschätzung verdient.
- (3) Die SPD will die moderne Gesellschaft. An erster Stelle: gleiche Chancen, gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle, die in Deutschland eine gute Zukunft suchen. So schaffen wir die offene Gesellschaft, in der vieles möglich wird, für Menschen jeder Herkunft und Kinder aller Familien, für Frauen und Männer gleichermaßen, in einer Arbeitswelt, die berufliche Chancen ermöglicht und dabei die Bedürfnisse der Familie achtet.
- (4) Die SPD arbeitet immer wieder neu für eine Gesellschaft, die zusammen hält. Soziale Spaltung bringt Unfrieden, Neid und Missgunst. Wir wollen ein Land, in dem die Menschen einander achten und das sie gemeinsam verbessern. Daraus entsteht Heimat und Geborgenheit.
- (5) Die SPD steht für Sicherheit und Schutz vor Kriminalität, Gewalt und Terror. Sicherheit ist Bürgerrecht, kein Privileg für Wohlhabende. Wir wollen einen Staat, der jeden einzelnen vor den Risiken schützt, die er allein nicht abwehren kann. Arbeitslosigkeit und Krankheit gehören dazu und ein gutes Leben im Alter. Aber auch der Schutz vor Kriminalität und Gewalt und deren Ursachen.
- (6) Die SPD fördert Talent und unterstützt Leistung – ob jemand angestellt ist oder selbständig, ob Arbeitnehmer oder Unternehmer. Wir wollen eine Wirtschaft, die neue Ideen hat und immer bessere Produkte und Dienstleistungen anbietet. Eine starke Wirtschaft, die mehr Menschen mehr Wohlstand bietet. Je mehr Menschen daran mitwirken, desto höher unser Wachstum. Je stärker die Wirtschaft, desto stabiler der Sozialstaat. Unternehmen müssen Geld verdienen, damit Arbeitsplätze sicher sind.

- (7) Die SPD will Einkommen erhöhen. Viele Menschen, die nur knapp über die Runden kommen, haben ein Anrecht auf höhere Nettolöhne. Steuern und Sozialabgaben sollen nicht hoch, sondern fair sein. Denn viele Menschen in Deutschland tragen ihre Verantwortung und zahlen die Steuern, die ihrem Einkommen entsprechen. Das ist oft nicht wenig und verdient Anerkennung. Aber nicht wenige wollen sich dieser Verantwortung für Deutschland entziehen. Leute aber, die jedes Schlupfloch nutzen, auch das illegale, und Steuern hinterziehen, oder Banken, die dabei geschäftsmäßig helfen, müssen vor Gericht gestellt werden. Mehr Steuergerechtigkeit sichert die Einnahmen, die der Staat braucht, um für alle Menschen ein sicheres und gutes Leben zu ermöglichen.
- (8) Die SPD überwindet falsche Gegensätze und öde Glaubenskriege zwischen Industrie und Umwelt. Wir fördern Technik, die der Umwelt nützt. Wir bauen eine Energieversorgung, die nicht verschwendet, was knapp und wertvoll ist, die jeden Rohstoff clever einsetzt, effizient nutzt und damit auch das Klima schützt. Die Stromversorgung bleibt sicher, auch weil wir Kohle- und Gaskraft bereithalten, wenn die Atomkraft verschwindet. Strom aus Sonne und Wind sind unsere Energiezukunft.
- (9) Die SPD will, dass Deutschland ein guter Nachbar und vertrauenswürdiger Partner in Europa ist. Wir denken an unsere Geschichte. Wir haben große Hilfe bekommen. Und wir haben selbst tatkräftig anderen geholfen. Heute geht es uns besser als vielen. Aber Hochmut kommt vor dem Fall. Die Sozialdemokratie arbeitet für ein starkes Europa, das wieder Hoffnung weckt.
- (10) Die SPD setzt sich für das friedliche und faire Miteinander aller Nationen ein. Wir bevormunden andere Länder nicht, sondern pflegen Partnerschaften. Wir wollen Rechte, die für alle gleichermaßen gelten, Freiheit und Demokratie, nicht weniger aber mehr wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Das ist unsere Idee einer gerechten Globalisierung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in mehr als 150 Jahren gezeigt: Die Veränderung zum Guten ist möglich. Auch heute im Zeitalter der Globalisierung darf es nicht immer nur darum gehen, wie Menschen wegen des internationalen Wettbewerbs angeblich leben *müssen*. Sondern auch heute geht es darum, wie Menschen leben *wollen*. Aber wir wissen auch: **Ein besseres Land kommt nicht von allein. Zukunft muss man machen. Und für die Gestaltung der Zukunft braucht man Mut.**

1. EINE STANDORTBESTIMMUNG.

Deutschland hat wieder eine stabile und handlungsfähige Bundesregierung. Und das ist das Verdienst der SPD! Wer diese Behauptung als selbstgerecht empfindet, der muss nur einen Blick zurück auf die letzte Koalition aus CDU/CSU und FDP werfen: Permanenter Streit und schamlose Lobbypolitik kennzeichnete diese Bundesregierung. Wie schon zuvor in der letzten Großen Koalition, in der die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland besser bewältigt wurden als in den allermeisten anderen Ländern der Welt, bringt die SPD Stabilität und Handlungsfähigkeit in die Bundesregierung. Die SPD kann das mit Selbstbewusstsein sagen.

Die SPD ist dabei so geschlossen wie seit langem nicht mehr. Dafür hat das Mitgliedervotum vor dem Eintritt in die Große Koalition gesorgt. Fast 80 Prozent unserer Mitglieder haben sich daran beteiligt und mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt, dass wir Deutschland regieren und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessern sollen.

Seither bestimmt die SPD in Deutschland mit ihrem Eintritt in die Bundesregierung und der konsequenten Umsetzung des von uns offensiv verhandelten Koalitionsvertrags im Wesentlichen die Bewegungsrichtung der deutschen Politik – durch mehr soziale Teilhabe in fast allen Feldern der Politik: Mindestlohn, sechs Milliarden Euro mehr für Bildungsinvestitionen in den Ländern, ein kommunales Entlastungs- und Investitionspaket von 15 Milliarden Euro von 2015-2018, Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren, Mietpreisbremse, Frauenquote, ElterngeldPlus: diese Projekte stehen exemplarisch für die SPD als Motor der Regierung.

Und wir können mit berechtigtem Stolz über den Tellerrand der nationalen Politik hinaus blicken: Die SPD hat mit Martin Schulz einen der populärsten und profiliertesten Politiker in Europa! Und in der internationalen Politik steht der SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit seiner Arbeit wie kein Zweiter für erfolgreiches Engagement für Frieden und Stabilität.

Hinzu kommt, dass die Bürgerinnen und Bürger zunehmend der Auffassung sind: Die Politik der Bundesregierung kommt nicht mehr nur den Wohlhabenden, sondern normalen Familien, Arbeitnehmern, Geringverdienern und Älteren zu Gute. Das Vertrauen in die Bundesregierung ist mit 63% hoch.

Die SPD profitiert in den Kommunen und Ländern vom neuen Kurs und von der Geschlossenheit der Sozialdemokratie. Wir haben Vertrauen zurückgewonnen. **Stellten wir**

2005 nur vier Oberbürgermeister in den 10 großen Städten Deutschlands, so sind es heute 9 von 10. Waren wir 2005 in nur sechs der 16 Landesregierungen vertreten, so sind wir heute in 14 Bundesländern an der Regierung beteiligt. **Und hatten wir vor 10 Jahren nur fünf Ministerpräsidenten, so stellen wir heute 9 von 16 Ministerpräsidenten.**

Jetzt geht es darum, diese starke Stellung der SPD in den Ländern bei den anstehenden Landtagswahlen zu erhalten und auszubauen und 2017 bei der Bundestagswahl besser abzuschneiden.

2. SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK UNTER VERÄNDERTEN BEDINGUNGEN.

Die Sozialdemokratie war immer ein Zukunftsprojekt. Das muss sie auch jetzt wieder werden. Die SPD ist in Deutschland stets in der Rolle der gesellschaftlichen Hoffnungsträgerin gewesen. Sie war zwar in der 60-jährigen Geschichte des Landes nur 20 Jahre lang dominierend in der Regierung, aber sie war immer präsent als Wortführerin des Besseren in Wirtschaft und Gesellschaft. Ihre Stärke war immer ein Überschuss an Utopie und Vision, Begeisterungsfähigkeit und Erneuerungswillen. Durch ihre Bindungen in der Arbeitnehmerschaft war sie zugleich immer in der Lage, ihre Politik „zu erden“ und mehrheitsfähig zu machen. Sie war attraktiv durch alle Schichten hindurch. Sie war milieuübergreifend und machte Angebote über ihr ursprüngliches Stammwählerpotential hinaus: an das aufgeklärte Bürgertum und an kritische Intellektuelle. **Das machte sie zur modernen Gesellschaftspartei der Bundesrepublik.**

Der soziale Strukturwandel in unserer Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend. Betrug der Anteil klassischer Arbeiter und Facharbeiter an den Beschäftigten in Deutschland im Jahr 1970 noch 47 Prozent, so sind es heute nur noch 23 Prozent. Hinzu kommt, dass die Erwerbsbiografien der angestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt weniger stabil und berechenbar geworden sind. Berufsbilder verändern sich schneller, Qualifikationsanforderungen steigen, vielfacher Wandel prägt die Arbeitswelt und wird sie im Zuge der Digitalisierung weiter verändern.

Diese Entwicklungen haben natürlich auch politische Folgen für die Parteien: **Die Auflösung der klassischen Beschäftigtenstrukturen und der damit einhergehende soziale Aufstieg löste natürlich auch die klassischen Milieus und ihre Wählerbindung stark auf.** Nun sind neue Instrumente der Wählerbindung gefragt. **Diese Entwicklung ist keine Bedrohung der Mehrheitsfähigkeit der SPD, sondern vor allem eine große Chance für die SPD, weil überkommene Gesellschaftsstrukturen nicht mehr zementiert sind.**

Die gesellschaftspolitischen Erfolge sind unübersehbar. Heute gibt es z.B. bekennende homosexuelle Politikerinnen und Politiker in allen politischen Lagern. Deutlicher kann sich der Fortschritt zu mehr Liberalität und Offenheit der Gesellschaft kaum ausdrücken. Oder die Tatsache, dass heute – anders als in der ersten Generation der Einwanderer – Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund auch in allen anderen Parteien zu finden sind. Auch wenn die SPD dadurch unter Einwanderern an Wählerstimmen einbüßt, für die Gesellschaft in Deutschland ist es ein großer Fortschritt. Denn es zeigt doch, dass die Integration gelingt und inzwischen viele Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte wirtschaftlich, sozial und auch politisch in die Entwicklungen der Mehrheitsgesellschaft einbezogen sind.

Wir Sozialdemokraten waren und sind ein Motor dieser Entwicklung. Das kann uns stolz machen.

Die Zukunft einer progressiven Partei liegt indes nicht in der Rückschau auf das Erreichte oder gar im Bedauern über das Verschwinden ihrer Trägerschichten. Veränderung ist Teil ihrer Identität.

In Zukunft wird die Formulierung politischen Gestaltungswillens anspruchsvoller. Aber in einer komplizierten und komplexen Gesellschaft bieten die sozialdemokratischen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zugleich Orientierungen, die tief in unserer Gesellschaft verankert sind. Welche politische Kraft außer der SPD kann schon auf die Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Individualisierung besser Antworten geben als die seit fast 100 Jahren europäisch orientierte deutsche Sozialdemokratie?

So sehr wir in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts den Kapitalismus mit nationalstaatlichen Mitteln zu einer sozialen Marktwirtschaft gezähmt haben, so sehr wissen wir, dass das jetzt vor allem im europäischen und internationalen Maßstab gelingen muss. Gerade weil nationale Umverteilungspolitik durch Steuern längst ihre Grenzen gefunden hat, muss es jetzt weit mehr um den Kampf gegen Steuer- und Sozialdumping in Europa, um soziale Mindeststandards und die Regulierung der internationalen Finanzmärkte gehen.

3. DEUTSCHLAND IST EIN STARKES LAND.

25 Jahre nach dem Fall der Mauer steht Deutschland wirtschaftlich stark da. Keine andere führende Volkswirtschaft der Welt hat die Krise so gut überstanden wie unser Land. Das Durchschnittswachstum lag höher als in jedem anderen großen Euroland. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein historisches Tief gefallen. Die Schuldenquote ist gesunken. Der Staatshaushalt ist ausgeglichen. Ein kluges industrielles Innovationsmodell gepaart mit einer grenzüberschreitenden Wertschöpfungskette hat zu einer beispiellosen Exportstärke geführt. **Und die Grundlage für beides: hochengagierte Menschen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige, Unternehmer und Manager, Wissenschaftler oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes jeden Tag diesen Wohlstand von Neuem erarbeiten.**

Kaum jemand bezweifelt heute noch, dass für diese beeindruckende Entwicklung unseres Landes die von der SPD vor zehn Jahren in schwierigen Zeiten durchgeführten Reformen eine der wesentlichen Voraussetzungen waren. Vor allem, dass es uns nach Jahrzehnten einer deprimierenden Massenarbeitslosigkeit gelungen ist, einen Beschäftigungsrekord nach dem anderen zu erreichen – mit weit mehr Älteren und mehr Frauen in Arbeit –, hat Deutschland von Grund auf zum Besseren verändert. Junge Absolventinnen und Absolventen von Schule und Hochschule gehen nicht mehr wie noch in den 1990er Jahren mit der bedrückenden Angst vor Arbeitslosigkeit ins Leben. Sie denken heute vielmehr über den Sinn und die Qualität der Arbeit nach, die sie sich suchen. Sie können wählen und selbstbewusste Entscheidungen treffen. Deutschland ist auch für Einwanderer ein attraktives Land geworden, in dem sie für sich und ihre Familie eine gute Zukunft suchen.

Bei all diesen Erfolgen hat Deutschland zuerst und vor allem sich selbst, aber ebenso auch anderen Ländern bewiesen, dass wir die Erneuerung auf unserem eigenen Weg der Sozialen Marktwirtschaft schaffen können. Wir haben Kündigungsschutz und Mitbestimmung nicht aufgegeben. Wir haben die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag nicht beseitigt – auch wenn wir nach wie vor eine höhere Tarifbindung anstreben. Im Gegenteil sind gesellschaftliche Bedeutung und organisatorische Kraft der Gewerkschaften im Zuge einer höheren Beschäftigung wieder stärker geworden. Wir haben darauf gesetzt, dass ein höheres Maß an innerem Frieden und sozialer Teilhabe zugleich auch die wirtschaftliche Stabilität begünstigt. **Heute geben uns die Ökonomen der OECD Recht, wenn sie sagen: Ungleichheit schwächt eine Volkswirtschaft.** Je mehr Menschen Zugang zu guter Bildung und guter Arbeit haben, desto höher und nachhaltiger das Wachstumspotenzial eines Landes.

Deutschland ist heute nicht zuletzt deshalb ein starkes und international geachtetes Land, weil es wirtschaftliche und ökologische Modernisierung verbunden hat. Das große Wagnis

eines fundamentalen Umbaus der Energieversorgung – Steigerung der Effizienz, Ausbau der Erneuerbaren, intelligente Steuerung der Stromnetze, weniger Abhängigkeit von Rohstoffimporten, ambitionierte Klimaschutzziele – ist ein beispielloses Zukunftsprojekt, das auch anderen ein Vorbild sein kann. Es erfordert Mut und Augenmaß, Ingenieurskunst und Planungssicherheit. Tugenden, die unserem Land zugetraut werden.

Deutschland hat den Aufbruch in die kulturelle Moderne vollzogen. Wir arbeiten daran, die Chancengleichheit im Bildungssystem durch frühe Förderung und Ganztagschulen zu verbessern. Die Benachteiligung von Frauen in Beruf und Familie geht zurück. Familien und Paare finden mit und ohne Tauschein – hetero- oder homosexuell – zusammen. Menschen mit Behinderung finden neue Zugänge zum gesellschaftlichen Leben. Unsere Gesellschaft ist bunter, vielfältiger und toleranter geworden – ein großer Gewinn.

4. EINE WELT VOLLER UNSICHERHEITEN.

Obwohl die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland von der großen Mehrheit der Deutschen als stabil und gut empfunden wird, gibt es große Verunsicherungen. Viele Hoffnungen nach dem Fall der Mauer und des „eisernen Vorhangs“ zwischen West und Ost wurden enttäuscht. Statt in einer Welt des Friedens und des Fortschritts erleben wir eine Welt voller Unsicherheiten:

- Dachten wir 1989, dass nun ein Zeitalter des Friedens in Europa anbrechen würde, so erleben wir nach dem gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens heute in der Ukraine die **Rückkehr des Krieges nach Europa.**
- Waren wir der festen Überzeugung, dass sich Russland nach und nach zu einer Demokratie und einem ebenso friedlichen wie verlässlichen Partner für Europa und die Welt entwickeln würde, so wirkt **Russland heute autokratisch** und außen- wie innenpolitisch aggressiv.
- Freuten wir uns noch vor kurzer Zeit über die Entwicklung demokratischer Revolutionen in Arabien und Nordafrika, so erleben wir die **Rückkehr autokratischer Regime und Militärdiktaturen**, weil scheinbar nur durch sie die Radikalisierung und der Bürgerkrieg in diesen Ländern gestoppt werden kann.
- Auch wenn wir uns auf dem Weg besserer Integration von Zuwanderern nach Deutschland und einer Öffnung auch zum Islam und den in Deutschland lebenden Muslimen befinden, so erleben wir zugleich nicht nur eine katastrophale Gewaltentwicklung in vielen muslimischen Nachbarländern Europas, sondern auch den Import dieser radikalen Ideologien in unser Land und eine sehr tiefgehende **Verunsicherung der Bevölkerung über ihr Verhältnis zu Muslimen – und umgekehrt.**

Die Angst vor einem Aufeinanderprallen „der Kulturen“ und die Bedenken hinsichtlich der Zuwanderung in das Sozialsystem sind groß.

- Fühlten die deutschen Nachkriegsgenerationen trotz teilweise vehementer Kritik an Teilen der US-amerikanischen Politik (z.B. Vietnamkrieg und Unterstützung von Militärdiktaturen) doch grundsätzliche Nähe, kulturelle Verbundenheit und auch Sicherheit im transatlantischen Bündnis mit den USA, so wirken heute die NSA-Skandale, illegale Gefängnisse und Folter, die harte politische Spaltung und der Extremismus in den **USA auf uns immer fremder**.
- Hinzu kommen die **Verunsicherungen durch die Globalisierung** und durch Freihandelsabkommen der Vergangenheit, deren „Heilsversprechen“ von höherem Wachstum durch Liberalisierungen und Privatisierungen sich für viele nicht erfüllt, sondern zu mehr Unsicherheit geführt haben.
- Und nicht zuletzt: War Europa die jahrzehntelange Erfahrung von wachsendem Wohlstand, so ist **Europa heute ökonomisch und politisch instabil** und wird eher als Faktor der Unsicherheit als der Sicherheit wahrgenommen.

Diese großen Verunsicherungen **bestimmen heute trotz der guten wirtschaftlichen Lage die politische Alltagswahrnehmung** vieler Menschen. Dazu kommt ein neues Unsicherheitsgefühl, ob wir unser Wohlstandsmodell eigentlich mit Blick auf die wachsende Kraft und Dynamik Asiens und Lateinamerikas aufrecht erhalten können. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralität scheinen dabei als gegeben hingegenommen zu werden und nicht mehr als Werte, die man tagtäglich in einer engagierten Bürgergesellschaft verteidigen muss. Und das, obwohl noch vor 25 Jahren die Menschen in Ostdeutschland für Freiheit und Pluralität ihr Leben riskiert haben.

Nicht wenige der politischen Alltagsthemen, die wir als Sozialdemokraten in der Innenpolitik zu Recht für bedeutsam halten und voran treiben, bleiben in dieser Alltagswahrnehmung hinter den internationalen Krisen zurück. Mehr noch: Dringend notwendige künftige Reformen, wie die Modernisierung des Zuwanderungsrechts, geraten dabei unter Druck. Denn in der Alltagswahrnehmung verbindet sich aktuell wieder mehr und mehr das Thema Zuwanderung mit dem Import von Unsicherheit statt mit einer richtigen und planbaren Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels in Deutschland.

Wir Sozialdemokraten haben für diese weltweiten Krisen natürlich ebenso wie die anderen Parteien keine „Bilderbuchlösungen“ und sollten auch nicht versuchen, sie auf vielen Seiten in Parteitagsbeschlüssen vorzuformulieren. Aber **wir müssen darüber weit offener und kontroverser debattieren**, auch um zu zeigen, dass uns diese Unsicherheit bewegt und wir gemeinsam mit unseren europäischen Freunden nach Wegen und Strategien für Deutschland suchen, um in der unsicher gewordenen Welt richtig zu handeln. Wir müssen als SPD mit den Menschen wieder mehr über die Fragen sprechen, die sie in ihrem Alltag bewegen und als Sozialdemokraten an dem bestehenden zivilgesellschaftlichen

Engagement sichtbar anknüpfen. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren sich ja auch in Vereinen und Verbänden – vom Sport, über die Feuerwehren, Umwelt- und Kulturinitiativen, sozialen Projekten und auch in Flüchtlingsinitiativen.

Auch in der **Innenpolitik** gibt es Themen, die große Unsicherheit verbreiten, die in der politischen Auseinandersetzung kaum eine Rolle spielen und um deren Lösung nicht wahrnehmbar gerungen wird:

- Die Versorgung mit ausreichend **bezahlbarem Wohnraum** vor allem in Ballungszentren und dort für Familien oder ältere Menschen.
- Die Verunsicherung durch **Alltagskriminalität**.
- Der wachsende **Druck auf die arbeitende Mitte** unserer Gesellschaft. Beispiele dafür sind:
 - Das Empfinden vieler Eltern, dass sie zu wenig Hilfe und Unterstützung bei ihren Doppel- und Dreifachbelastungen erfahren: Beruf, Kinder und oftmals auch Pflege von Angehörigen.
 - Die wachsende Bedeutung der Frage, ob man selbst im Alter **gute Pflege** erfährt oder sie den eigenen Angehörigen zukommen lassen kann. Ob man überhaupt in den ländlichen Regionen und in den sozialen Brennpunkten der Ballungszentren **ausreichend medizinische und pflegerische Angebote** findet.
 - Das tägliche Erleben von **Menschen mit niedrigem Einkommen**, dass sich ihre Lebensbedingungen trotz harter Arbeit nicht wesentlich verbessern.
 - Die **Sorge von Familien**, ob sie es schaffen, trotz starker Beanspruchung im Beruf und in der Kindererziehung, einen bescheidenen Wohlstand, die eigenen vier Wände und eine gute Bildung und Ausbildung ihrer Kinder zu erreichen?
 - Die Verunsicherung derjenigen, die ihre private Altersvorsorge durch die Niedrigzinsentwicklung gefährdet sehen und für die ihre gesetzliche Rente kein angemessenes Leben im Alter ermöglicht.

Bei einer politischen Debatte um die glaubwürdigsten Antworten auf diese großen Sorgen und Verunsicherungen in der Gesellschaft taucht schnell eine **alte Trennungslinie zwischen Sozialdemokraten und Konservativen** auf: Wenn der Staat die Aufgabe hat, in einem bestimmten Umfang soziale, innere, äußere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger seines Landes sicherzustellen, **woher kommen die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen?** Die SPD ist gut beraten, die Antwort darauf **nicht vorschnell mit dem Ruf nach höheren Schulden oder höheren Steuern zu geben**. Durchaus aber darf und muss die SPD gemeinsam mit anderen starken Sozialdemokratien in Europa – in Schweden, in Frankreich, in Österreich, in Spanien – dafür sorgen, dass das **massiv sozialschädliche Steuerdumping in Europa beendet wird**. Dabei geht es nicht darum, möglichst hohe Steuern zu erheben. Sondern es geht darum, möglichst allen Menschen in Deutschland und in Europa ein ausreichendes Maß an Wohlstand und Sicherheit zu ermöglichen.

5. KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITIK DER SPD.

Es geht jetzt darum, nach Antworten auf diese großen Fragen der Verunsicherung zu suchen. Die Wählerinnen und Wähler der SPD und insbesondere unsere Mitglieder haben entschieden, dass wir in der gesamten Wahlperiode bis 2017 gute Politik mit CDU und CSU im Interesse der Menschen in Deutschland machen sollen. Das haben wir gewollt und das werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode auch mit allem Nachdruck fortsetzen.

Es ist zudem nicht so, wie manche Kommentatoren behaupten, dass die wesentlichen SPD-Projekte des Koalitionsvertrages bereits abgearbeitet seien. Auf der Tagesordnung bis 2017 stehen beispielsweise noch:

- Die Durchsetzung gleicher Bezahlung von Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit.
- Die Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit.
- Die bessere und gerechtere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch ein neues Bundesteilhabegesetz.
- Die Rentenangleichung Ost und West.
- Die Einführung einer Solidarrente, um Menschen mit einer langen Arbeitsbiografie aus der Sozialhilfe zu holen.

Aber die **SPD darf sich nicht mit der Abarbeitung des Koalitionsvertrages zufrieden geben**, denn manche der entstandenen großen Verunsicherungen und Herausforderungen waren bei Beginn der Koalition noch gar nicht sichtbar und müssen trotzdem jetzt angegangen werden. Und auch ein Verweis auf die Zeit nach 2017 dürfte die Wählerinnen und Wähler nicht in ihrem Bedürfnis nach Sicherheit befriedigen. Koalitionsverträge sind keine Ausrede für Nichthandeln in wichtigen Fragen.

Die SPD wird deshalb bereits jetzt nach Antworten und Angeboten suchen, um wieder mehr Sicherheit in Deutschland und Europa zu schaffen. Wir sind uns dabei bewusst, dass wir **keine Bilderbuchlösungen** parat haben und auch nicht den Anspruch formulieren sollten, sie zu entwickeln – schon gar nicht alleine. Und wir wissen zudem, dass manches unvollkommen bleiben wird. Und doch ist es unsere Aufgabe, nach **realistischen Angeboten für mehr Sicherheit in einem teils dramatischen Wandel** bereits jetzt zu suchen und die Vorschläge dafür in die laufende Koalition einzubringen und den **Versuch zu unternehmen, zu gemeinsamen Initiativen mit unserem Koalitionspartner zu kommen.**

Bei den dabei notwendigerweise entstehenden politischen Kontroversen wird sich auch das Profil der SPD schärfen. Wenn es gelingt, über die großen Zukunftsthemen eine faire und öffentliche Debatte zu führen, werden die Menschen bei anstehenden Wahlen sich fragen,

wem sie die richtigen und realistischen politischen Ideen zutrauen. Und vor diesem Wettbewerb braucht sich die SPD nicht zu fürchten. Im Gegenteil.

Die Verbündeten der Sozialdemokratie sind die Aufklärung und der Mut zur Führung und zur Gestaltung. Deshalb darf sie diese **Debatte nicht wahltaktisch** führen, sondern immer inhaltlich. Orientiert an den **Interessen der Menschen in unserem Land. Für sie und nicht für sich selbst macht die Sozialdemokratie Politik für Deutschland.**

Das heißt auch: Die oben genannten (Un)Sicherheitsfragen der Menschen müssen wir ansprechen und diskutieren (auch strittig) und ohne schon alle fertigen Antworten zu haben oder gar vorzutäuschen. **Es stellt sich aber die Frage, wer die Führung in der Debatte zu diesen Themen übernimmt – und damit auch Verantwortung.** Nicht um die Durchsetzung oder dem Werben für angeblich „alternativer Lösungsansätze“, sondern in der wertebasierten und doch gestaltbaren, unfertigen, ergebnisorientierten Debatte. Das wird eine Debatte, die in wesentlichen Passagen **deutlich über die Legislaturperiode (auch über die kommende) hinausweist.**

6. DEUTSCHLAND 2025: GROßE HERAUSFORDERUNGEN MEISTERN.

Die erreichten Erfolge Deutschlands sind nicht selbstverständlich, sondern das Werk von Menschen, ihrer Ideen und ihrer harten und beharrlichen Arbeit. Damit die Menschen auch morgen in Deutschland gut und sicher leben können, werden wir uns alle erneut anstrengen müssen. Denn die Welt verändert sich rasant. Während die Bevölkerung in Deutschland und Europa schrumpft, wächst sie schnell in Asien und auch in Afrika. Wo deutsche Technologien heute noch Weltspitze sind, wachsen Konkurrenten überall in der Welt heran. Und wo gestern noch Erze, Chemikalien, Öl und Gas die Rohstoffe der wirtschaftlichen Entwicklung waren, sind es heute mehr und mehr Daten.

Gleichzeitig stehen aber nur wenige führende Wirtschaftsnationen der Welt mittel- und langfristig vor so grundlegenden Herausforderungen wie Deutschland:

Wir ernten heute die Früchte vergangener Reformen, die verschiedene Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmer durchgeführt haben. Sorge muss einem der langfristige Ausblick bereiten: In der politischen Auseinandersetzung über Deutschlands Zukunft grenzen sich alle bisher vor allem negativ ab. In der Öffentlichkeit wird meist darüber diskutiert, was wir alles nicht wollen: von großen Infrastrukturprojekten wie Stromtrassen bis hin zu Freihandelsabkommen. **Was aber meist offen oder unklar bleibt, ist die Antwort**

auf die Frage, was wir wollen und wie wir dadurch Wohlstand, soziale Sicherheit, Umweltschutz und Teilhabe auch morgen noch erreichen, sichern und ausbauen können?

Diese Frage aber nicht zu entscheiden oder sie nicht einmal zu stellen, sondern sich mit der Ablehnung jeweils strittiger Projekte zufrieden zu geben, **unterminiert das Wachstumspotential der deutschen Volkswirtschaft** - und damit der europäischen Volkswirtschaft. Risiken – soziale, ökologische und wirtschaftliche – müssen wir immer abwägen und wo immer möglich ausschließen oder zumindest minimieren. **Wir dürfen allerdings nicht die Illusion verbreiten, gesellschaftlicher Fortschritt und eine erfolgreiche Industriegesellschaft seien ohne jedes Risiko erreichbar.** Dies ist wiederholt in der Vergangenheit deutlich formuliert worden mit der Aussage: „Wenn wir uns alle wechselseitig die Haare schneiden, werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht sichern“. Der OECD-Wirtschaftsbericht vom Mai konstatiert: Werden keine weiteren Strukturreformen angestrengt, wird die Potentialwachstumsrate aufgrund der Bevölkerungsalterung in den kommenden 20 Jahren voraussichtlich abnehmen. Der Bericht beziffert das reale Potentialwachstum auf unter einem Prozent. Auch der Internationale Währungsfonds lenkte in seiner Frühjahrsprognose 2015 den Blick auf die längere Sicht.

Die Erfahrung zeigt: Parallel zu solchen Entwicklungen abnehmender wirtschaftlicher Spannkraft und sinkender Wachstumszahlen finden immer eher soziale Verteilungskämpfe und kaum sozialer, kultureller oder ökologischer Fortschritt statt. Deshalb muss es die Aufgabe der SPD sein, dieser drohenden Entwicklung entgegen zu wirken und eine Kultur des Aufbruchs zu unterstützen. Die Botschaft lautet: Unsere Eltern und Großeltern haben in der Vergangenheit Großartiges geleistet und unser Land und Europa aufgebaut – jetzt sind wir dran, es ihnen gleich zu tun und den Wohlstand und die Freiheit für die nachfolgenden Generationen zu sichern.

Das Wachstumspotential eines Landes setzt sich zusammen aus drei Faktoren: Arbeit, Kapital und Technologie/Produktivität. An allen drei muss man ansetzen, um unser Wachstumspotential zumindest zu stabilisieren. Das gilt nicht zuletzt für die Integration von Frauen ins Erwerbsleben. Angesichts des Bedarfs an Fachkräften liegt nach wie vor gerade bei einer höheren Frauenerwerbsquote ein großes Potenzial. Wir sind zwei Megatrends ausgesetzt, den beiden großen „D-Trends“: **Demografie und Digitalisierung**, und das inmitten einer globalisierten Weltwirtschaft, eines europäischen Binnenmarktes und eines gemeinsamen Währungsraums. Über die Demografie wissen wir relativ viel, da demografische Prognosen relativ stabil zu erstellen sind. Bei der Digitalisierung stehen wir erst am Anfang der Erkenntnisse mit entsprechend hoher Unsicherheit.

- **Der demografische Wandel.** Er ist keine Fiktion mehr, sondern Realität. Die Bevölkerung Deutschlands wird zwischen dem Jahr 2000 und 2060 wohl um rund 20% schrumpfen. Ohne grundlegende Veränderungen wird unsere Bevölkerungszahl

dann geringer sein als in Frankreich oder Großbritannien. In den nächsten 15 Jahren wird sich die Situation verschärfen. Die neueste Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes zeigt deutlich auf, dass wir in Deutschland weniger werden, und älter: Unter der Annahme einer durchschnittlichen Nettozuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr dürfte sich die Bevölkerung von knapp 82 Millionen auf rund 73 Millionen im Jahre 2060 verringern. Die Zahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter von 20 bis 66 Jahren wird im gleichen Zeitraum von ca. 50 Millionen auf unter 40 Millionen sinken. Gleichzeitig wird die Zahl der über 70-Jährigen von heute 13 Millionen auf über 18 Millionen ansteigen.

- **Die Digitalisierung.** Das „neue Maschinenzeitalter“ steht erst am Anfang. Die Digitalisierung wird uns die Arbeit nicht wegnehmen, aber in der ersten Phase kann es dazu kommen, dass einige klassische Berufsbilder verschwinden (zum Beispiel Kassierer im Supermarkt oder Lastkraftfahrer). Es ist eine technische Revolution mit all ihrer disruptiven Kraft, auch soziale Spannungen sind nicht auszuschließen. Gleichzeitig entstehen auch neue und gute Jobs, in der Regel aber nicht für diejenigen, die ihre bisherige Arbeit verlieren. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Zahl der Selbständigen zunehmen, und dies hat Folgen für die sozialen Absicherungen des Einzelnen wie für die sozialen Sicherungssysteme insgesamt, da der Ansatzpunkt für diese Absicherung bisher immer ein Arbeitsvertrag ist. Kann es zum Beispiel in Zukunft dabei bleiben, dass allein abhängig Beschäftigte in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind? Das jüngst vorgestellte Grünbuch „Arbeiten 4.0“ des von Andrea Nahles geführten Bundesarbeitsministeriums wirft einen offenen Blick auf die Arbeitswelt von morgen.

Damit nicht genug: Zu diesen großen Trends treten weitere Herausforderungen:

Die europäische Integration: Europa muss sicher verändern. Schon der große Europäer Jacques Delors wusste: Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt. Vor allem dann nicht, wenn dabei für viele weder Arbeit, soziale Sicherheit noch Wohlstand entstehen. Soziale Mindeststandards, Prinzipien wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, Kampf gegen Steuer- und Sozialdumping und eine auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete gemeinsame europäische Politik stehen deshalb auf der Tagesordnung.

Dabei wird Europa noch mehr als heute auch ein Europa der unterschiedlichen Integrationsgrade, der „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ werden. Konservative wie der Brite David Cameron wollen das Gegenteil. Sein „Modell“ von Europa reduziert sich auf den Binnenmarkt für Unternehmen, bei dem die Menschen und die Nationen in Konkurrenz zu einander stehen. Für ihn sind Regeln gegen Steuerdumping und für Datensicherheit nur „überflüssige Bürokratie“. In „seinem“ Europa haben Banken alle Freiheiten und Bürger weniger Freizügigkeit. „Sein“ Europa entzieht sich der Verantwortung für Flüchtlinge und

Fluchtursachen und auch der gegenseitigen Verantwortung und Solidarität. Es ist ein „Europa a la carte“, in dem sich jeder herauspickt, was ihm schmeckt, und die anderen im Stich lässt. Deutschland und Frankreich werden sich diesem Modell entschlossen entgegenstellen.

Die deutsche Einwanderungsgesellschaft: Seit Jahrzehnten wandern Menschen in Deutschland ein. Einige freiwillig auf der Suche nach einer guten Arbeit, andere notgedrungen als Flüchtlinge. In den letzten vier Jahren ist der Wanderungsgewinn unseres Landes stark angestiegen – weil wir ein wirtschaftlich starkes Land sind, aber auch, weil unsere europäischen Nachbarn weiter unter der Wirtschaftskrise leiden. Und nicht zuletzt, weil in der Welt wieder mehr Krieg, Gewalt und Verfolgung zu beklagen sind. Einige Menschen kommen auch aus purer Perspektivlosigkeit und Armut zu uns. Heute gibt es einen weit größeren Konsens als noch vor wenigen Jahren darüber, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt gehen und zu einer **Einwanderungsgesellschaft wachsen**. Dabei helfen uns die Erfahrungen mit der Einwanderung der letzten Jahrzehnte: Wer länger bei uns bleiben wird, muss schnell Sprach-, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen erhalten. Dabei müssen wir die mitgebrachten Bildungsqualifikationen der Einwanderer anerkennen und stärker darauf aufbauen. Eine gute Einwanderungspolitik ist eine große Chance für unser Land, damit wir unseren Wohlstand und unser Lebensniveau auch in Zukunft sichern können. Damit Einwanderung und die Aufnahme von Flüchtlingen gut gelingt, sind zwei Dinge wichtig: Zum einen muss es in der Integrationspolitik Teilhabechancen für alle in unserem Land geben, unabhängig von Herkunft und Alter. Und zum anderen müssen der Bund und die Länder in der Flüchtlingspolitik die Kommunen besser finanziell unterstützen. Heute hat jede und jeder Fünfte in unserem Land eine familiäre Einwanderungsgeschichte. Jetzt ein gemeinsames Selbstverständnis für die Einwanderungsgesellschaft Deutschland zu schaffen, ist die Herausforderung der nächsten Jahre.

- **Energie: Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität** können nur gesichert, geschweige denn verbessert werden, wenn die Energieversorgung zu fairen Preisen möglich, langfristig gesichert und umweltpolitisch nachhaltig ist. Wie anspruchsvoll und anstrengend diese Herausforderung für die Energiepolitik und -wirtschaft ist, erleben wir gerade in Deutschland. Umso mehr stehen wir als SPD zur Energiewende.
- **Weltwirtschaft:** Das Schlagwort des 21. Jahrhunderts wird nicht mehr nur „Globalisierung“ sein, sondern „Globales Wachstum“. Der rasante Bevölkerungszuwachs in vielen Regionen der Welt, wird dank enger wirtschaftlicher Vernetzung weltweit hohes Wachstum und Wohlstand hervorbringen, das die relative Bedeutung der deutschen Wirtschaftsproduktion sicherlich mindern wird, dafür aber enorme Chancen bietet. Diese Chancen gilt es zu nutzen.

- **Weltsicherheit:** Mit der Globalisierung und dem globalen Wachstum entstehen aber auch Fragen an die Weltsicherheit. Geopolitische Herausforderungen und Konflikte zwischen Zivilisationen, Religionen oder Kulturen sind ein gewaltiges Risiko für Wohlstand weltweit. Hier ist die SPD noch mehr als bisher als Friedenspartei besonders gefordert.

Jede der genannten Veränderungen bringt Herausforderungen an das heutige Modell Deutschland mit sich. Wer ehrlich ist, der weiß, dass unser Land sich ändern muss, um weiter erfolgreich zu sein. Die Herausforderungen sprechen eine klare Sprache. **Deutschland darf sich auf seiner aktuellen Stärke nicht ausruhen.** Denn Deutschland ist gegenwartsfähig, das erleben wir jeden Tag. Entscheidend aber wird, **ob Deutschland auch zukunftsfähig ist.**

Die SPD wird sich dieser Frage stellen. Denn sie ist immer vor allem die Partei der aktiven Berufsgeneration unserer Arbeitsgesellschaft. Für sie, die arbeitende Mitte und vor allem deren Kinder und Kindeskiner, wollen wir die Frage beantworten: **Wovon wollen wir morgen leben?**

Das Leitmotiv dafür hat niemand griffiger formuliert als der britische Sozialdemokrat Anthony Giddens: „Es geht darum, das europäische Sozialmodell so zu erneuern, dass es wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit kombiniert.“ Dazu wollen wir einen offenen Diskurs führen und nicht in Angststarre vor der Demografie und der Digitalisierung verfallen, aber die notwendige Offenheit aufbringen. Es lohnt sich immer, für eine progressive europäische politische Kraft zu arbeiten, die dem Modell einer offenen Gesellschaft folgt. Die SPD kann erneut der Motor dafür sein.

Es ist seit jeher die Kernkompetenz der SPD, unser Land mit klugen Veränderungsprozessen immer wieder auf die Höhe der Zeit zu bringen. Dafür steht Willy Brandt mit der neuen Ostpolitik und der Demokratisierung der Bundesrepublik. Dafür steht Helmut Schmidt mit der Europapolitik und der internationalen Wirtschaftskoordinierung. Dafür stehen Gerhard Schröders Reformpolitik und auch sein Nein zum Irak-Krieg.

7. POLITIK AUS DER MITTE DES ALLTAGS: ERFOLGSREZEPT GEGEN WACHSENDEN POPULISMUS.

Parallel zu der wachsenden Verunsicherung erleben wir auch ein Anwachsen des rechten und linken Populismus in Deutschland und Europa. Alle sozialdemokratischen Parteien Europas kämpfen dabei mit Politikenttäuschung, Politikmüdigkeit und Politik(er)verachtung. Gegen einen Populismus übrigens, über den wir viel zu schnell mit pädagogischer Arroganz

hinweggehen. Denn die Populisten – links wie rechts – nehmen Stimmungen und Bewertungen auf, die in der Bevölkerung weiter verbreitet sind als im tatsächlichen Wählerverhalten sichtbar wird. Der wachsende Anteil der Wahlenthaltung ist ein deutlicher Fingerzeig darauf. Statt pädagogischer Arroganz, Verachtung oder dem Gegenteil davon – dem Nachlaufen oder Nachahmen populistischer Heilsversprecher –, ist die **Beschäftigung mit den Motiven dieser wachsenden Entfernung** von Parteien, parlamentarischem Handeln und demokratischem Regieren für die SPD der richtige Weg.

„Uns hört ohnehin keiner zu“, „die Politik interessiert sich nur für sich selbst“ oder „Geld regiert die Welt“ sind längst zu Standardsätzen der Populisten geworden. Vor allem rechte Populisten und Rechtsradikale versuchen sich auch in Deutschland zum Sprachrohr der angeblich „schweigenden Mehrheit“ zu machen. Waren gerade rechte Populisten und Rechtsradikale früher die Bannerträger einer Führung „von oben“ durch einen starken Staat, so vertreten sie jetzt die Forderung nach „mehr Demokratie“ durch Aufnahme von Volksabstimmungen ins Grundgesetz.

Die etablierte Politik – auch die SPD – reagiert darauf bisher vor allem mit dem Versuch der politischen Ausgrenzung. Das ist gegenüber dem organisierten Rechtspopulismus gewiss richtig. Aber es muss ergänzt werden durch eine Dialogoffensive insbesondere der SPD mit denen, die sich in den politischen und ökonomischen Elitendialogen nicht mehr wiederfinden. Es ist vor allem eine Haltungsfrage, um die es dabei geht: **Zuhören als ernst gemeintes Angebot** (statt nur gespielter Attitüde) muss gerade die Haltung der Sozialdemokratie sein. Sozialdemokratie muss wieder stärker aus der Mitte des Alltags entstehen. Diesen Alltag prägen die Fragen der Alleinerziehenden und Familien, wie sie Arbeit und Kindererziehung, gute Bildung für ihre Kinder und auch einen bescheidenen Wohlstand erreichen können, ebenso wie die Sorge vor Alltagskriminalität, „Überfremdung“ oder um die Höhe der Rente. Keine dieser Alltagsorgen darf der SPD fremd sein, auch dann nicht, wenn sie „nur“ subjektiv empfunden werden. **Die SPD hat die Chance, Menschen ganz allgemein für die demokratische Beteiligung und auch konkret für die SPD zurück zu gewinnen, wenn sie die materiellen und sozialen Alltagsinteressen im Zentrum der Arbeitsgesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt.**

In der Auseinandersetzung mit linkem und rechtem Populismus hat die SPD eine doppelte Aufgabe: Der Populismus prangert reale Probleme in Europa an und propagiert schlichte nationale Alternativen. Daraus erzielt er seine relative Stärke. Wir dagegen wissen, dass solche holzschnittartigen Strategien die Konflikte und die Krisen verschärfen und die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven aller verschlechtern würden. Deshalb, und auch mit Blick auf die internationale Sicherheit und den Zusammenhalt Europas, wollen und müssen wir für den politischen Dialog und den Interessenausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten Europas und mit unseren europäischen Nachbarn werben.

Gleichzeitig zeigt ein patriotisches Selbstverständnis unsere Identifikation mit der Zukunft des eigenen Landes. Große sozialdemokratische Europäer galten in ihren Heimatländern zugleich als identitätsstiftende Patrioten. Wir dürfen heute nicht vergessen, dass Willy Brandt 1969 zum „Kanzler für Deutschland“ gewählt wurde. Mario Soares in Portugal, Felipe Gonzales in Spanien oder Francois Mitterrand in Frankreich folgten wie Willy Brandt einer patriotisch-liberalen Gesinnung im Ost-West Konflikt. Die Nation ist immer noch ein starkes identitätsstiftendes Element in aufgeklärten Demokratien. Man darf ihre Bindekraft für breite Teile der Bevölkerung nicht überheblich diskriminieren. **Deutschland und die SPD gehören zusammen.** Die SPD hat das moderne Deutschlandbild in der Welt maßgeblich geprägt. Sie sollte sich dazu bekennen, dass sie für einen weltoffenen und verantwortungsbewussten Patriotismus steht. Er ist Teil unserer Geschichte.

8. UNSERE HALTUNG: SOZIAL, FREIHEITLICH UND INTERNATIONAL

Akzeptieren wir die grundlegend veränderten Erfolgsbedingungen der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa, sprechen wir Probleme offen aus und bieten zukunftsorientierte Antworten, dann werden wir wieder stärker werden und größeren Erfolg haben. Dabei müssen und dürfen wir unsere Prinzipien nicht aufgeben:

- **Freiheit** nicht nur von Not und Unterdrückung, sondern vor allem auch zu einem guten und selbstbestimmten Leben.
- **Gerechtigkeit und gleiche Chancen** für alle. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder Hautfarbe.
- **Solidarität**, also verantwortliches Handeln für das eigene Leben aber auch für das Leben anderer.

Wie kann also eine andere Strategie aussehen? Und was muss die SPD in Zukunft ausmachen? Die SPD hat in ihrer Parteigeschichte mehrfach den Mut gehabt, sich neu ein- und aufzustellen: mit dem Godesberger Programm und der Entscheidung zum Wandel von der Arbeiter- zur Volkspartei, mit der Aufnahme neuer sozialer Bewegungen in den 70er und 80er Jahren, mit der Orientierung an Innovation und Gerechtigkeit Ende der 90er Jahre und auch mit der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im Zeitalter einer globalisierten Ökonomie mit den Arbeitsmarktreformen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Auf diesen Mut dürfen wir auch heute vertrauen.

Bei all dem gilt es, Anknüpfungspunkte zu finden, um eine andere Mehrheit als die Große Koalition zu ermöglichen. Zu Recht haben wir auf dem Parteitag festgestellt, dass

Koalitionen mit allen demokratischen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, möglich sein müssen, wenn dies durch inhaltliche Übereinstimmung gedeckt ist.

- Wir setzen auf **internationale Zusammenarbeit**. In Europa und darüber hinaus, weil nur durch Verhandlungen, Kooperation und Berechenbarkeit die wachsende Gewalt zurückgedrängt und der Frieden gesichert oder neu geschaffen werden kann. Und auch Wohlstand und soziale Sicherheit erreichen wir nur durch Zusammenarbeit. Nationale Regeln reichen im Zeitalter globalisierter Märkte nicht mehr aus, um Fairness, Gerechtigkeit und Solidarität durchzusetzen. Deshalb brauchen wir die europäische und die internationale Zusammenarbeit, um Wohlstand und Sicherheit für alle Menschen zu ermöglichen.
- Die SPD war immer besonders erfolgreich, wenn sie fair und offen war. Fair mit Blick auf die Teilhabe am Sagen und Haben möglichst aller in unserer Gesellschaft. Und offen mit Blick auf möglichst große Freiheitsspielräume sowohl für die persönliche Lebensgestaltung als auch für unternehmerisches Handeln. **Begriffspaare wie sozial und liberal, gerecht und modern, fair und offen, links und frei** haben immer wieder aufs Neue den gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch der SPD definiert.
- Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik muss das Wohl des Einzelnen in der Arbeitsgesellschaft stehen. Egal, ob es Arbeiter, Angestellte oder Selbstständige sind. Es geht um eine Politik aus der Mitte unseres Landes: Die „arbeitende Mitte“ also oder wie Bill Clinton sie nannte „**People who work hard and play by the rules**“: Ihre Interessen – attraktive Löhne und Gehälter, gute Schulen, ein fairer Arbeitsmarkt, bezahlbare Mieten, innere und soziale Sicherheit – müssen von der SPD klar und unmissverständlich adressiert werden. Dazu gehört eine neue, partnerschaftliche Balance von Arbeit und Familie und eine Arbeitszeit, die die Bedürfnisse von Familien stärker berücksichtigt? Ihre Wünsche nach einem „guten Leben“ und auch ihre Sorgen ernst zu nehmen – und in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik zu stellen –, schafft zugleich gesellschaftliche Möglichkeiten für diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – keinen oder keinen ausreichenden Zugang zur Arbeitsgesellschaft finden.

Die SPD steht wie keine andere Partei für **wirtschaftliche und soziale Kompetenz**.

Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt sind für uns Grundvoraussetzungen für eine dynamische und zukunftsorientierte Gesellschaft. Dabei bekräftigen wir die Notwendigkeit einer Haltung, die den Menschen vor der Übermacht des Staates wie vor der Übermacht der Märkte schützen will. Sozial und liberal, fair und individuell meint die Idee vom freien und gleichberechtigten Zusammenleben. Es braucht freie und gleichberechtigte Menschen für einen handlungsfähigen Staat. Jeder Mensch muss sein Leben in die eigene Hand nehmen

dürfen und können. Sozialdemokratische Politik muss dafür die Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen schaffen.

9. UNSER LEITGEDANKE FÜR DEUTSCHLAND 2025: SICHER LEBEN IN EINER OFFENEN GESELLSCHAFT

„Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen sorgen!“ (Willy Brandt). Deshalb arbeiten wir Sozialdemokraten an einem Programm „Deutschland 2025“.

Der in den 1970er Jahren geprägte Slogan der Sozialdemokratie „Wir schaffen das moderne Deutschland!“ ist dafür heute wieder sehr aktuell – aber nicht als selbstverliebttes Eigenlob oder Echo auf unsere großen Leistungen der Vergangenheit, sondern als Aufforderung, erneut tätig zu werden. Die politische Agenda des vor uns liegenden Jahrzehnts kann sich dabei in mehr als einem Punkt das reformerische Erbe der Bundesrepublik produktiv aneignen.

Als Reformpartei, die mit Hoffnung und Mut auf eine bessere Zukunft setzt, stellen wir Sicherheit und Modernisierung nicht gegeneinander. Es ist eine falsch gestellte Alternative. Wir wissen, dass die **Bedürfnisse nach neuen Sicherheiten und neuen Freiheiten** gleich legitim sind. Wir werden das eine nicht ohne das andere erreichen. Sicher können wir auf Dauer nicht leben, wenn Deutschland sich in Europa isoliert oder sich dem Freihandel verschließt. Sicher können wir nicht sein ohne internationale Partner, globale Vernetzung, Offenheit und Innovationsbereitschaft. Ebenso wissen wir: Die moderne Gesellschaft zerfällt und wird zurückgeworfen auf überkommene, traditionalistische, ethnisch-religiöse Gegensätze und Spannungen, wenn soziale Ungleichheit und Unsicherheit überhand nehmen.

Wir wollen Sicherheit im Wandel erreichen, Zukunft und Gerechtigkeit verbinden. Wenn es dafür einen zentralen und heute hochaktuellen Begriff gibt, dann ist es die offene Gesellschaft. **„Die offene Gesellschaft als Chance“ – das war einmal ein erfolgreiches Programm der sozialliberalen Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt.** Ein Programm, das wir heute neu mit der Sozialdemokratie verbinden sollten und das die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zukunftsimpulse für 2025 geben kann. Gerade die offene Gesellschaft aber, in der traditionelle Über- und Unterordnung verschwinden, in der Staat und Verwaltung nicht mehr autoritär, sondern moderierend und unterstützend handeln, in der vielfältige Lebenswege möglich und berufliche Wechsel unausweichlich werden, gerade *diese* Gesellschaft braucht neue Sicherheiten.

Neue Sicherheiten erreichen wir, wenn das Heimatgefühl in den Städten und Gemeinden einen festen Ort behält und die Kommunen genügend Finanzmittel haben, um die Lebensqualität zu entwickeln. Neue Sicherheit bietet ein Sozialsystem, das den Strukturwandel der Arbeitswelt begleitet und auch individuelle Formen der Selbständigkeit besser versichert. Neue Sicherheit heißt auch, dass wir die Grundrechte unserer Verfassung schützen und eine kulturelle Relativierung persönlicher Freiheits- und Bürgerrechte abweisen. Neue Sicherheit heißt „Null Toleranz“ bei Kriminalität und Gewalt, aus welchen Motiven auch immer, und eine angemessen ausgestattete Polizei. Neue Sicherheit heißt aber vor allem: mehr Gerechtigkeit bei uns zu Hause und in den internationalen Beziehungen. **Eine gerechtere Welt ist eine Welt, in der wir sicher und frei leben können.**

Wir brauchen die **innere Öffnung der Gesellschaft**, um den demografischen Wandel zu gestalten. Bildungsprivilegien, vererbte Zukunftschancen, Blockaden und Mauern, die das Talent von Kinder und Jugendlichen einsperren statt es zu entfalten – all das ist keine offene, sondern eine geschlossene Gesellschaft!

Herkunfts- und Altersdiskriminierung, Angst und Vorurteil gegen Einwanderer, der abschätzige Blick auf Menschen über 50 in den Personalabteilungen der Betriebe – auch das Merkmale einer geschlossenen Gesellschaft.

Diskriminierung von Frauen, schlechtere Bezahlung, die gläserne Decke beim Aufstieg in Führungspositionen, die falsch gestellte Alternative Karriere oder Kind, die steuerliche Diskriminierung von Alleinerziehenden gegenüber Ehepaaren – alles Zeichen einer unmodernen, selbstzufriedenen und innerlich verkrusteten Gesellschaft. Genügend Zeit zu haben für Kinder und Familie genauso wie für den Beruf, das ein großer Lebenswunsch der allermeisten Menschen. Damit werden Zeit und Zeitpolitik zu zentralen Hebeln der individuellen Selbstverwirklichung.

Sozialdemokraten wollen Gerechtigkeit. Fragt man genauer, was die meisten darunter verstehen, so heißt die Antwort: **Chancen- und Leistungsgerechtigkeit**. Oder anders gesagt: Leistung muss sich lohnen. Aber für alle und nicht nur für selbsternannte „Leistungseliten“. Wer sich anstrengt, muss vorankommen – egal ob mit armen oder reichen Eltern, egal ob hier geboren oder eingewandert, egal ob alt oder jung, ob Frau oder Mann. Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen, wenn wir die innere Öffnung unserer Gesellschaft erreichen wollen.

Natürlich braucht es neue, auch **verstärkte finanzielle Anstrengungen für das öffentliche Schulsystem**. Private Schulen sind in Ordnung, wenn öffentliche Schulen nicht zugleich verkommen, sondern dieselben finanziellen Mittel haben. Es geht aber weiter. Wir müssen die Familienleistungen und unser Steuersystem am Kompass einer von Privilegien freien, nicht diskriminierenden und durchlässigen Gesellschaft ausrichten. Kinder dürfen nicht mit

steigendem Einkommen der Eltern steuerlich veredelt und mit abnehmendem Einkommen der Eltern verelendet werden.

Die innere Öffnung unserer Gesellschaft heißt auch, endlich und entschieden den **Mut zur Einwanderungsgesellschaft** aufzubringen. Wir können froh sein, dass talentierte und leistungsbereite Menschen in Deutschland ihre Zukunft und die Heimat für sich und ihre Kinder suchen. Wir brauchen diese Menschen. Auch wenn sie als Flüchtlinge zu uns kommen, sollten sie eine faire Chance bekommen. Aber wir müssen unseren Kommunen helfen, die Aufnahme und Unterbringung stemmen zu können. Der Bund muss hier die Kosten auf Dauer übernehmen. Wir müssen mehr tun für die sprachliche und soziale Integration. Wir müssen Abschlüsse rascher anerkennen und den Zugang zur beruflichen Ausbildung öffnen. Jugendliche dürfen, auch wenn ihr Aufenthalt nur geduldet ist, die Jahre ihrer größten Zukunftshoffnungen nicht verschwenden. Sie sollen sie nutzen können, um sich zu qualifizieren, wo wir Fachkräfte brauchen, und um auf Dauer hier zu leben.

Die innere Öffnung unserer Gesellschaft bedeutet nicht zuletzt **Offenheit für technologische Innovation** und Bereitschaft, mit öffentlichen und privaten Mitteln in Innovationen zu investieren. Es stimmt, dass die 70er und 80er Jahre hier kein leuchtendes Vorbild sind. Die berechtigte politische Bewegung zum Ausstieg aus der Atomkraft ist umgeschlagen in eine überzogene Technologiefeindschaft mit düsterem Kulturpessimismus. Heute ist das überholt. Die Unbefangenheit, mit der etwa digitale Medien, die mobile Nutzung des Internet, die effiziente Steuerung von Autos, Beleuchtung oder Kühlschränken in den privaten Alltag übernommen werden, spricht dafür, dass Technik neu betrachtet und bewertet wird. Selbst die Grünen sind inzwischen zu einer technikfreundlicheren Partei geworden. Und in der Tat: Ob Digitalisierung oder Energiewende – die entscheidenden Fragen wirtschaftlicher Wertschöpfung lassen sich nur mit einem technologischen Modernisierungsschub lösen.

Etwas größere Zweifel sind angemessen, ob unser Land in der Lage sein wird, die immensen **Investitionen** für diesen Schub zu mobilisieren. Deutschlands Investitionsschwäche und Deutschlands Investitionsabhängigkeit sind ein schwer zu erklärender Widerspruch. Die Politik bekommt großen Zuspruch, wenn der Staat seine Ausgaben zurückfährt, selbst wenn Straßen und Brücken marode und unbefahrbar werden. Die privaten Sparer klammern sich an konservative Anlagen, selbst wenn diese ohne Rendite bleiben. Die privaten Investoren scheuen das Risiko- und Wachstumsinvestment in junge Technologieunternehmen. Die innere Öffnung unserer Gesellschaft für die Chancen der Zukunft bedarf höherer Akzeptanz und besserer Anreize für solche Investitionen. Bürokratieabbau ist dafür ein wichtiger Schritt.

Zu den Chancen der offenen Gesellschaft gehört die **Öffnung nach außen**. Ein Land wie die Bundesrepublik ist nicht denkbar ohne die wirtschaftliche, die kulturelle, die politische

Einbindung und Vernetzung in Europa und in das internationale System. Nationaler Hochmut, gerade gegenüber europäischen Partnern, ist kein gutes Zeichen. Es ist sicher kein Zeichen für die äußere Öffnung unseres Landes, sondern für das Gegenteil.

Wer Europa mehr und mehr nur in nationalen Kategorien denken kann, verschließt sich der Zukunft. Das gilt für jedes europäische Land, für keines aber so sehr wie für Deutschland. Nationaler Interessenegoismus in der Europapolitik ist kurzsichtig und in Teilen noch nicht einmal ehrlich. Denn er berechnet nicht, was Deutschland im Euro gewinnt, und sei es auch nur der Zinsvorteil für die Bundesschuld, der sich seit Beginn der Eurokrise 2009 jedes Jahr mehr erhöht hat und sich als ein viele Milliarden Euro umfassendes Entlastungsprogramm für unseren Staatshaushalt auswirkt.

Die Öffnung für Europa heißt für Deutschland, dass wir bereit sein müssen, unseren Teil der Lasten und Risiken der Gemeinschaft zu schultern. Wir tun es, indem wir für den Zusammenhalt des Euro bürgen und Kredithilfen geben. Wir sollten aber mehr tun, um Investitionen und Wachstum in Europa zu fördern.

Auch außerhalb der Europäischen Union erleben wir eine Zeit der Krisen. An den Ostgrenzen der EU, im Nahen Osten und bei den Mittelmeeranrainern sind Krieg, Autokratie und Diktatur zurückgekehrt. Russland hat das Völkerrecht gebrochen und die mit der KSZE-Schlussakte vor 40 Jahren geschaffene Ordnung der Anerkennung der Grenzen und des Gewaltverzichts verletzt. Die Annexion der Krim und der Krieg Russlands im Osten der Ukraine sind eine gefährliche Entwicklung. Andere für die Stabilität der europäischen Nachbarschaft zentrale Staaten wie die Türkei und Ägypten schicken Publizisten ins Gefängnis, wenn sie einen Witz über das Staatsoberhaupt machen. Religiös-fanatistische und separatistische Gewalt haben die staatlichen Ordnungen in Syrien und Libyen zusammenbrechen lassen. Flüchtlinge machen sich unter Lebensgefahr auf, um in Europa endlich in Sicherheit zu sein.

Neue Sicherheiten zu schaffen, heißt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Kriege einzudämmen, Frieden zu ermöglichen, Konflikte zu entspannen, Gesellschaften zu stabilisieren und wirtschaftlich zu entwickeln und – auch das – den Export von Waffen in Krisenregionen äußerst restriktiv zu handhaben. **Die umfassende sozialdemokratische Politik der Entspannung und des Friedens ist eine Politik der Sicherheit in der Globalisierung. Sie erst ermöglicht es, Nationalismus, Isolationismus und Protektionismus auf Dauer zu überwinden.**

Unter den Voraussetzungen vieler Krisenherde fällt es schwer, eine neue Perspektive der internationalen Entspannung zu entwickeln. Doch auch in den Zeiten von Willy Brandt begann die Idee der neuen Ostpolitik nach dem Bau der Berliner Mauer und wurde nach der Niederschlagung des Prager Frühlings umgesetzt. **In Zeiten der Konfrontation und der**

Isolation brauchen wir die Perspektive neuer Öffnung und neuer Partnerschaft. Denn diese Perspektive ist es, die neue und bessere Entwicklungen in Gang zu setzen vermag. Man kann vor diesem Hintergrund gar nicht hoch genug einschätzen, welche Bedeutung eine Politik der Friedenssuche und der Entspannung auch für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes hat.

Mit den Chancen der offenen Gesellschaft, mit den guten Erinnerungen an die sozialliberale Politik, mit der inneren und äußeren Öffnung unseres Landes hat die SPD heute viele Anknüpfungspunkte auch für eine moderne Wirtschaftspolitik. Denn eine Ordnungspolitik, die dem Marktversagen und der spekulativen Maßlosigkeit im Finanzsektor begegnet, die Monopole und Privilegien bekämpft, um fairen Wettbewerb zu ermöglichen – eine solche Politik ist im Kern und in ihrer Wirkung sozialdemokratisch. Die Soziale Marktwirtschaft als Lehre von der Anerkennung der menschlichen Leistungen und der sozialen Teilhabe am Wohlstand, das ist sozialdemokratische Politik. Ein Leitmotiv wie „Wohlstand für alle“ ist der Ausdruck sozialdemokratischen Denkens und Handelns.

Diesen übergreifenden Politikentwurf müssen wir dynamisch entwickeln. Wir müssen unsere starken Werte – und unser Verständnis von politisch verantwortungsbewusstem Handeln – in die Zukunft fortschreiben. Ein neues Bild von Deutschland entwerfen, das seine Heimat in Europa hat. Das modern, sozial, sicher und frei ist. Dieses Deutschland zu gestalten: das ist und bleibt der Anspruch der deutschen Sozialdemokratie.